

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostschlesien
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Bestandteile für den Monat (mit Haus 2 RM, halbmöndlich 1 RM); durch die Post bezogen monatlich 2 RM (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: „Arbeiterstimme“, Dresden-2, Geschäftsstelle und Expedition: Oberbahnhofstr. 2 / Fernsprechnummern 17259 / Postfach Dresden Nr. 13353, Emil Schlegel-Str. 10, Dresden-2, Oberbahnhofstr. 2 / Fernspr.: Amt Dresden Nr. 17259 / Drahtanschrift: „Arbeiterstimme“ Dresden / Erscheinungstage: Donnerstags 4-6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstags)

3. Jahrgang Montag, den 14. Februar 1927 Nummer 37

Vor der Abwürgung des Metallarbeiterkampfes?

„Hochverräter“

Ein sozialdemokratisches Gesülter

Dresden, 15. Februar 1927.

Die SPD-Presse brachte am Sonnabend einen Aufsatz, in dem sie sich auf eine, ihr wahrscheinlich als besonders trag verkommene Art mit der Abrechnung der Kommunisten mit dem Herrn von Reubell beschäftigt. Die Kommunisten haben den Reichsinnenminister, den Förderer des Kapp-Putsches, den Herbernswater und Ausbittungsassistenten der Arbeiter und Olympia, mit den Ruf „Hochverräter, Hochverräter!“ empfangen. Die sozialdemokratischen Zeitungen erklären, daß das ein sehr berechtigter Ruf gewesen ist. Die Kommunisten haben recht, Reubell sei ein Hochverräter, er habe der schwarzrotgoldenen Republik feindlich gegenüber. Aber — so erklären dann diese Zeitungen — die Kommunisten seien doch im Grunde dasselbe, auch sie stehen dieser Republik feindlich gegenüber.

Durch den Empfang, den sie v. Reubell entgegengebracht, haben sie aber gezeigt, daß viele von ihnen doch der Republik feindlich sind, daß sie zu den Arbeitern gehören, jedoch eine falsche bolschewistische Unterstellung werde das als widerrechtliche Abwechslung bezeichnen müssen. Beweisen ist aber durch die „Hochverräter“-Rufe, daß die sozialdemokratischen Anschauungen richtig seien, daß die Kämpfe der Kommunisten gegen die Hindenburg-Republik — Tiraden gegen die Republik nennt sie der Verfasser des SPD-Artikels — verlogen seien. Es zeige sich, die Kommunisten seien „unzulängliche Sozialdemokraten“. Also die SPD-Volksfront ist richtig, so lautet ins Kurze überlegt der Text des SPD-Artikels, auch die Kommunisten müssen das anerkennen, jedoch sie wollen nur wilder, radikaler erscheinen. Damit ist aber nichts zu gewinnen, deswegen, Arbeiter, steht bei der SPD. Die Kommunisten rechtfertigen die Stellung der SPD zur Republik.

Welchen Zweck soll nun dieser Artikel haben? Keinen anderen, als die reformistische Haltung der SPD zu verfestigen und eine Plattform für die Fortführung der reformistischen Politik zu geben. Der Artikel zeigt aber uns erstens die vollständige Verumpfung der SPD, ihre Loslösung vom Marxismus und Klassenkampf und ihre kleinbürgerliche Ideologie. Der Artikelschreiber will oder versteht einfach nicht den Gesamtanwandel des kommunistischen Kampfes gegen die kapitalistische Republik und dem Kampf der Revolution zu erkennen. Wir müssen annehmen, daß er diesen Unterschied bewußt vermischt, Maßnahmen, die von der politischen Absicht und Wirkung betrachtet, eine ganz andere Bedeutung haben, betrachtet der Artikelschreiber aber von dem Standpunkt des Hochverratsparagrafen des Bürgerlichen Strafgesetzbuches. An die Stelle der marxistischen Lehren, der revolutionären Theorien steht der SPD-Artikel das Strafbuch um den jahrelangen Verrat an der Arbeiterklasse zu rechtfertigen. Das ist der Sinn des Artikels, der Bankrott der Koalitionspolitik soll verweigert werden, es fehlt dazu aber an Handhaben, der Bankrott der Koalition ist zu deutlich sichtbar in die Augen zu sehen. Die sozialdemokratischen Scharlatane haben keine Möglichkeit zur Rechtfertigung ihrer Politik, sie haben die Plattform des Marxismus verlassen, sie können gegen den Marxismus nur den Bankrott erleben. Jahrelang haben die Arbeiter erzählt, daß sie mit der Koalitionspolitik die Macht erobert werden. Jetzt entthüllen sich ihre Reden als eine Irreführung der Arbeiterklasse. Die falsche Koalition wie sie sind, greifen sie zur Sophistik, um ihren Bankrott zu verkleinern und die Arbeiter zur Stange zu halten. Jedoch das Lehrbuch, das ihnen geblieben, aus dem sie ihre Weisheit schöpfen, das ist das — Strafbuch.

Wir glauben nicht, daß die Arbeiter dieses Gesetzbuch als das Lehrbuch ihres Freiheitskampfes anerkennen werden. Im Gegenteil, der Rückzug des Artikelschreibers auf die Lehren der Klassenjustiz wird nur dazu beitragen, die Arbeiter im breiteren Umfange wie bisher die Augen über den wahren Charakter und das Wesen der SPD zu öffnen. Die Feststellung, daß der Artikelschreiber als Plattform seiner Ausführungen einen Strafbuchparagrafen benutzt, machte es schon überflüssig, weiter auf seinen Sermon einzugehen. Jedoch wir wollen ihm nichts schenken. Wir sind Gegner der schwarzrotgoldenen Kapitalistenrepublik, selbstverständlich; wir wollen die Republik der Arbeiter und Bauern. Die Republik, in der die Kapitalisten ausgeschaltet sind von den Rechten, von der Führung der Politik, wo ihre großen Besitzungen beibehalten und der Allgemeinheit zugänglich sind. Wir wollen alle Mittel benutzen, die auf dem Wege zu diesem Ziele liegen. Den Kampf um die höheren Löhne und die kürzere Arbeitszeit, gegen die hohen Mieten und unerträglichen Steuern, wie die Erhebung der Massen. Wir kämpfen für

Die Einführung der 53-Stundenwoche

Antwortet mit verschärftem Kampf

Am Sonnabend fanden im Arbeitsministerium Verhandlungen über den Konflikt in der Leipziger Metallindustrie statt. Den Vorsitz führte der berichtigte Schlichter, Oberregierungsrat Brandt. Die Verhandlungen haben bis in die späten Abendstunden gedauert, dann hatten die Vertreter der Unternehmer und die Gewerkschaftsdelegierten die Formulierung gefunden, mit denen sie glauben, den Arbeiter die Verlegung des Kampfes vorschlagen zu können. Der Vorsitzende fügte folgenden Schiedsspruch:

1. Die Arbeitszeit beträgt 48 Stunden pro Woche.
2. Die notwendige Ueberarbeit kann vom Unternehmer ohne Anhören der gesetzlichen Betriebsvertretung für täglich 1 Stunde angeordnet werden, jedoch nur für die Zeit vom Montag bis Freitag. Für diese Ueberstunden soll 10 Prozent Zuschlag gezahlt werden.

Das bedeutet, daß man zwar rhetorisch die 48-Stundenwoche anerkennt, in der Praxis jedoch die 53-Stundenwoche von den Unternehmern überall durchgesetzt werden kann. Jedoch auch darüber hinaus noch können die Unternehmer Ueberstunden arbeiten lassen, es soll

dann zwar eine Verständigung mit dem Betriebsrat herbeigeführt werden.

Auf Grund dieses Schiedspruches wird die Aussperrung für Sachsen bis Sonnabend ausgesetzt. Die Arbeiter sollen bis zum 16. dieses Monats 12 Uhr eine Erklärung über die Annahme des Schiedsspruches abgeben, andernfalls soll die Verbindlichkeitsklärung durch das Reichsarbeitsministerium beantragt werden. Der Schiedsspruch hat bis zum 31. März 1928 Gültigkeit.

Dieser Schiedsspruch stellt die freche Verhöhnung der Arbeiter dar. Der Schlichter Brandt hat sich vollinhaltlich auf die Seite der Unternehmer, ja ist noch über deren erste Forderung, die Einführung der 52-Stundenwoche, hinausgegangen. Die Arbeiter sollen durch die Verbindlichkeitsklärung bis zum März nächsten Jahres an diese unendlich lange Arbeitszeit gebunden werden. Unternehmer und Behörden versuchen, hier einen entscheidenden Schlag gegen den Achtstundentag zu führen. Die gesamte Arbeiterchaft muß diesen Schiedsspruch mit Entrüstung zurückweisen. Die Metallarbeiter dürfen auf keinen Fall nachgeben. Der Kampf muß auf der ganzen Linie im Reichsmassestab aufgenommen werden. Metallarbeiter Sachsens! Wenn ihr heute und morgen die Entscheidung fällt, weist diesen frechen Angriff zurück, antwortet mit dem entscheidendsten Kampf für die 48stündige Arbeitswoche — ohne Ueberstunden und Ueberhichten! Die Sympathie der gesamten Arbeiterchaft wird diesen Kampf der Metallarbeiter unterstützen.

die Freiheit gegen Unterdrückung und Ausbeutung. Wir kämpfen deswegen gegen einen Polizei- und Justizapparat, der diese Republik klassenmäßig gegen die Arbeiterklasse schützt.

Was wollten Kapp und Reubell? Sie wollten die Diktatur über die Masse der arbeitenden Bevölkerung, den Arbeitermord und schonungslos Ausbeutung. Nur Höflichkeit oder Bosheit kann diese beiden Bewegungen in Parallele stellen. Nur ein eifriger und rücksichtsloser Befechter der kapitalistischen Republik kann durch die Paragrafenbrille hier einen Zusammenhang feststellen. Aber bei der SPD ist die Voraussetzung für eine solche Beurteilung gegeben. Sie will die Erhaltung der jetzigen Republik. Sie verhindert jeden Kampf, der den kapitalistischen Aufbau zu stören vermöchte, sie stand schützend vor dem Kapital. Das einzige, was die Sozialdemokratie als Ertragsfähigkeit verlangte, das waren ein paar Ministerstühle. Dafür täuschte sie die Arbeiter, zerbrach sie deren Kampfwillen, dühende Male war die SPD die Partei zur Rettung der Oberen oder Hindenburg-Republik.

Die SPD steht weiter auf dem Boden dieser Republik, der Jörn der SPD ist nur dadurch einfach, daß sie jetzt aus der Regierung ausgeschaltet ist. Aber die Bourgeoisie hat im Innern noch gegen eine andere Oppositionsfront zu kämpfen, gegen die Deutschnationalen, die gegen die Außenpolitik meuterten. Die Bourgeoisie will die innere und die außenpolitische Opposition binden, will alle Parteien, von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten auf einem Boden vereinen. Deswegen spielt sie mit wechselnden Rollen und geht einmal mit den Deutschnationalen, einmal mit den Sozialdemokraten, darauf wartend, damit ihr Ziel zu erreichen, die große Volksgemeinschaft. Darauf wartet aber auch die Führerschaft der SPD. Das ist die andere Seite der Heuchelei des SPD-Artikels. Zwischen der SPD und Reubell stehen ein paar verlogene Oppositionsreden, zwischen Reubell und den Kommunisten stehen Barrikaden.

Ueber unsere Stellung zur Republik haben wir oft genug geschrieben. Wir verteidigen die Republik selbstverständlich gegen die Monarchisten, wir werden aber immer darauf hinweisen und daran arbeiten, daß jede Gelegenheit benutzt werden muß, um sie zu einem endgültigen Sieg umzugestalten. Die Aufgabe des Proletariats muß es sein, den demokratischen Umsturz zu Ende zu führen. Selbst an dieser Aufgabe haben die Sozialdemokraten das Proletariat gehindert, siehe Justiz, Reichswehr usw. Dann aber ist es die Aufgabe des Proletariats, den sozialistischen Umsturz zu vollziehen. Bei dieser Aufgabe stehen die SPD-Führer dem Proletariat als Feinde gegenüber.

Die SPD hat das Proletariat gehindert, soviel wie möglich zu erobern, damit ihm um so weniger genommen werde.

Der Artikel in der SPD-Zeitung schlägt also auf die SPD zurück. Er beweist nichts gegen die Kommunisten, sondern nur, daß die Sozialdemokraten als treue Staatsdiener ihre Lehren gegen die Revolution mit dem Strafbuch verteidigen.

Auf die Ausführungen über die Sowjetgranaten und die dort hervortretende unfürliche Bemerkung gehen wir hier nicht ein, da wir dies schon in mehreren Artikeln gemacht haben.

Klassenurteil gegen Frontkämpfer

Düsseldorf, 14. Februar. (Eig. Drahtmeldung.)

Am Vorabend des Volksentscheids zur Fürstenerntelegung, am 19. Juni, kam es in Ratingen zu einem Zusammenstoß zwischen dem KZV und schwerbewaffneten Stahlhelmen und Blauweissbläuern, die mit gewalttätiger Behinderung drohten. In dem jetzt festgestellten Prozeß wurden 16 KZV-Kameraden zu 50 Monaten Gefängnis verurteilt.

Abbruch der deutsch-polnischen Verhandlungen

Der deutsche Bevollmächtigte für die Handelsvertragsverhandlungen mit Polen, Staatssekretär Dewald, hat im Auftrag der Reichsregierung dem polnischen Bevollmächtigten eine Note zugestellt, in der unter Hinweis auf die vor einigen Tagen erfolgten Anweisungen deutscher Staatsangehöriger aus Oberschlesien eine vorläufige Aussetzung der in Berlin geführten Handelsvertragsverhandlungen mitgeteilt wird. In der Zwischenzeit sollen die Verhandlungen über das Niederlassungsrecht deutscher Staatsangehöriger in Polen gesondert weitergeführt werden.

Die deutsch-polnische Spannung, die in dem Abbruch der Handelsvertragsverhandlungen ihren Ausdruck findet, ist nur zum Teil auf wirtschaftliche Gegensätze zurückzuführen. Die Verhandlungen über einen deutsch-polnischen Handelsvertrag dauern bekanntlich bereits länger als zwei Jahre. Mit dem Abkommen, das im Juni 1925 abgeschlossen ist, vertor Polen den ihm vorher geschiedenen polnischen Absatzmarkt für 1.100.000 Tonnen Kohle. Die durch den Bergarbeiterstreik in England geschaffene Konjunktur nahm vorübergehend der deutschen Touristen die Möglichkeit, die Schmirgelminen Polens auf wirtschaftlichem Gebiet auszunutzen, um politische Konzessionen einzuhandeln. Die in verstärktem Maße wieder auflebende internationale Kohlenkonkurrenz führte wiederum zu einer Verschärfung des deutsch-polnischen Zollkrieges, die jetzt in dem Abbruch der Verhandlungen ihren Höhepunkt erreicht hat. Die polnischen Ausweisungen — nach polnischer Darstellung nur eine Maßnahmenreue von einigen seitlich beschränkten Aufenthaltserlaubnissen darstellend — boten der Völkerverdrängung einen willkommenen Anlaß, um den Bruch herbeizuführen. Der neudeutsche Imperialismus will damit einen Druck auf Polen ausüben, um schließlich doch eine Verbindung der Handelsvertragsverhandlungen mit den Korridorfragen zum Zwecke eines Tauschgeschäftes durchzuführen.

Im Hinblick auf die Verluste Englands, einen deutsch-polnischen Ausbruch herbeizuführen, um die Front gegen die Sowjetunion zu befestigen, bedeutet der Abbruch der Handelsvertragsverhandlungen ein vorläufiges Scheitern des englischen Wanders.

Achtung Metallarbeiter!

Am Mittwoch, den 16. Februar abends 8 Uhr im Raulbahof, Raulbachstr., Fraktionsversammlung
Tagesordnung: Der Metallarbeiterkampf in Sachsen

Der Reichsausschuß der Zentrumspartei billigt die Marx-Politik

Wirth enthält keine Opposition.
Berlin, 14. Februar. (Eig. Drahtmeldung.)

Gestern fand eine Reichsparteiausführung der Zentrumspartei statt. Wirth führte den Bericht und hielt auch den Bericht über die Politik des Zentrums bei der Bildung der neuen Regierung. Nach stündlicher Diskussion wurde der einstimmige Beschluß gefaßt, die Politik der Zentrumspartei zu billigen. Der „oppositionelle“ Abgeordnete Wirth stimmte nicht gegen den Beschluß, sondern verließ vor der Abstimmung den Saal. Seine Abstimmung gegen den Vorschlag war nur ein parlamentarischer, demokratischer Mandat für den Betrag der Arbeiteranhänger des Zentrums.

Warum denn mit Hochverrat, wenn es auch anders ginge!

Die SPD-Presse verzieht die feierliche Entschuldigung des Reichsbannerkameraden Marx von der gestrichelten Ehre des Kapittels Reubell mit einem Kommentar, der sich zu lesen verdient. Nach diesen Schlagsätzen gegen die „Rechtfertigung des Hochverrats“ ist im Vorwärts ein Geständnis zu lesen, das selbst für die Oppositionsmitglieder der SPD ein hartes Stück bedeutet. Sie sollen nämlich dort ganz unüberhöhlen durchblicken, daß sie durchaus verständlich gehalten hätten, wenn der Reichsbannerkamerad Marx, in der Bürgerblock-Regierung, wo er eben Dienst tut, aus „Opportunistischer Erwägung“ Herrn von Reubell gehalten hätte, wörtlich: Die Zwangslage, in der sich das Zentrum im Bürgerblock befindet, hat es genötigt, diese Anbahnungen hinter politische Opportunistischer Erwägung zurückzuführen. Die Führung des Zentrums hätte unter dem Zwang der Lage ihre Opportunistischer Entscheidung mit Opportunistischer Gründe anbringen können. (11) Wie man sieht, verfolgt der Parteivorstand der SPD getreu der Höflichkeit, mit warmer Sympathie und diesem Verständnis die Zwangslage ihres vorübergehend abkommandierten Reichsbannerkameraden in seiner neuen Konzeption. Aber gerade unerschrocken scheint der SPD, daß man in dieser Lage bis zur „juristischen Rechtfertigung“ von Hochverrat verzeihen. Der Vorwärts stellt mit Recht fest, daß nach Marx jeder Beamte der Republik verpflichtet sei, während der Belagerungszustand sich einem mehren Militärbefehlshaber zu unterordnen. In dieser „wahrhaftigen Debatte“ des Herrn Marx liegt ein Angriff auf die Verfassung, der die nötige Entwertung des Beamteneides bedeutet.

Die SPD-Presse, die so großes Verständnis für Opportunistischer Entscheidungen anbringt, vermag freilich kein Verständnis dafür aufzubringen, daß es die vornehmste Aufgabe der Bürgerblock-Regierung ist, mit verfassungsmäßigen Mitteln die Verfassung zu erhalten. Es wird heillos sein, den sozialdemokratischen Arbeiter bei dieser Gelegenheit darauf hinzuweisen, daß mit der feierlichen Rehabilitierung des Oligarchen und Kapittels von Reubell nun auch formal hergestellt ist, daß unter dem Deckmantel der demokratischen Verfassung, die Bürgerblock-Regierung das Geschäft der Gezenrevolution betreiben wird. Sie wird dazu in Lage die Macht haben, solange die Arbeiterklasse das Oppositionstheater der Opportunisten mitmacht.

Merzte-Tagung in Gochsen

Am Sonntag, dem 13. Februar, fand in Dresden im Vereinshaus eine Tagung der sächsischen Merzte statt, die etwa von 600 Merzten besucht war. Es handelte sich um die Frage der Beilegung des 20prozentigen Zulages auf die Taxe, die seit 1924 besteht. Die Redner des Merzverbandes sprachen besonders gegen die hohen Verwaltungskosten, die von den Krankenkassen ausgemerzt werden und führten auch aus, daß viele Krankenkassen zu hohe Krankengeldbeiträge an die Versicherten zahlen. In der Diskussion ergaß sich Genosse Dr. Schmidt das Wort und sprach im Interesse der Versicherten aus, daß die Versicherten einmal ein Interesse daran haben, daß das Krankengeld möglichst hoch sei, andererseits aber die hohen Verwaltungskosten auch nicht im Interesse der Versicherten liegen. Er wies ferner auf die Kassenformen hin, die zum Teil Kleinrentnahmen aus der Kassenpraxis hätten und vielfach eine Krankheitsarbeit leisten, während auf der anderen Seite die Wächterinnen pro Tag nur 50 Pf. Krankengeld erhielten. Er warf den Merzten vor, daß sie sich vielfach zu Mitteln der Krankenkassen machen ließen, indem sie die Kranken vorzeitig gesund schrieben. Im Interesse der Versicherten läge nicht ein beschränktes Leistungssystem oder festgestellte Kassenärzte, sondern freie Arztwahl, so daß jeder Versicherte sich den Arzt seines Vertrauens wählen könnte und daß die Merzte, wenn sie unabhängig von der Kassenleistung seien, sie nur die Interessen der Versicherten wahren könnten. Nicht ein Zusammengehen mit der Regierung empfiehlt er, sondern ein Zusammengehen mit den Arbeitern, bzw. mit den Kranken. Seine Ausführungen wurden mit großem Beifall aufgenommen.

Die Aufhebung der 20 Prozent könnte nur für Merzte in Frage kommen, die bis zu 7000 Mark Einkommen hätten. Auf keinen Fall dürfte aber dadurch eine Erhöhung der Beiträge gebühren eintreten.

Amerikanischer Filmimperialismus

Die amerikanische Filmindustrie als deutscher Junior

In der europäischen Filmindustrie ist in den letzten Monaten ein wirtschaftlich und politisch bedeutender Umbruch zu verzeichnen. Beziehungen zwischen den Führern der großen europäischen Filmkonzerne haben sich gelockert, in fast allen wichtigen filmproduzierenden Ländern Europas sind Beziehungen im Gange, durch welche Einfuhrbeschränkungen und teilweise auch durch Subventionierung die einheimische Filmindustrie auf etwas gewalttätige Weise zu fördern. Voran geht in diesen Bemühungen augenblicklich England, wo versucht wird, durch ein neues Gesetz die amerikanische Filmindustrie zu einem erheblichen Teil vom englischen Markt fernzuhalten und dafür die eigene und sehr würdige und minderwertige Filmproduktion durch Stantomittel zu fördern.

Man kann schwer beurteilen, ob alle diese Bemühungen die letzten Todesstöße einer selbständigen europäischen Filmindustrie bilden oder der Beginn eines energetischen Abwehrkampfes gegen die drohende völlige Eroberung durch die übermächtige amerikanische Filmproduktion. Tatsache ist jedenfalls, daß die Amerikaner auch in den letzten Wochen ihre Kampfmaßnahmen gegen die europäische Konkurrenz fortgesetzt haben, obwohl sie mit einigen der wichtigsten Filmgesellschaften, z. B. dem deutschen Ufa-Konzern, finanziell verbunden sind. Mit zwei verschiedenen Methoden versuchen die Amerikaner die europäischen Filmproduzenten zu unterwerfen. Das erste Mittel ist, solche Schauspieler, Regisseure und Filmkritiker, die sich in Europa einen Namen gemacht haben, durch langfristige Verträge an Amerika zu binden. Dadurch werden zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen. Einmal werden die amerikanischen Filme jugendlicher und auf den europäischen Märkten leichter absehbar, zum anderen aber verlieren dadurch die europäischen Filme, die immer mehr auf zweite Kräfte angewiesen sind.

Das zweite Mittel ist eine Kampfmaßnahme gegen die europäische Konkurrenz, die schon allein daraus heroor, daß der führende Filmjournalist Amerikas, Johnston, umzuwandeln ausspricht, die europäischen Größen verlagern im Durchschnitt in Amerika und ragen dort nicht über den Durchschnitt hinaus. Trotzdem müsse man auf dem bisher beschrittenen Wege der „Wegnahme“ guter Kräfte fortfahren, um das Feld für den Abfall amerikanischer Filme weiter zu ebnen.

Die zweite Methode, durch die die amerikanische Filmindustrie den Filmmarkt in monopolisieren gedenkt, ist die wachsende Beherrschung des Kinobereichs durch die fortschreitende Verdrängung ihres Besitzes an Filmtheatern und Kinoparkes. In England, Deutschland, Frankreich, besitzen die amerikanischen

Der Kolonialvölker-Kongreß

Brüssel, den 11. Februar 1927.

Am Internationalen Kongreß gegen koloniale Unterdrückung und gegen Imperialismus nahmen insgesamt 140 Delegationen aus allen Gebieten der Welt teil: China, Britisch-Indien, Indonesien, Indochina, Japan, Korea, Persien, Palästina, Südamerika, Mexiko, Argentinien, Kolumbien, Kuba, Haiti, Portoriko, Vereinigte Staaten Amerikas, England, Deutschland, Frankreich, Belgien, Italien usw.

Unter den Delegierten befanden sich: Siungkwangliun (Vertreter der chinesischen Nationalregierung), Chanfaun (Vertreter des Hongkonger und des Kantoner Streikkomitees), Liauhanin (Zentraler Exekutivkomitee der Kuomintang), Jawaharlal Nehru (Allindischer Nationalkongreß), Semason (AP Indonesiens), Mohamed Hatta (Indonesische Arbeiterpartei), Utsoku (Verband japanischer Schriftsteller und Journalisten), Katayama (Japan), Jachaki (palästinensische Arbeiterpartei), Alshodoff (republikanisch-revolutionäre Partei Persien), Coltrains (Südafrikanischer Gewerkschaftskongreß), Gumbede (Südafrikanischer Nationalkongreß), Richard Moore (amerikanischer Arbeiterkongreß), Antonio Weiss (Antimperialistische Liga Mexikos), Basconcelos (Nationalpartei Portorikos), Martins (Patriotische Vereinigung Haitis), Robe Baldwin (Liga für Menschenrechte, Vereinigte Staaten Amerikas), Manuel Gomez (Amerikanische Arbeiterpartei), Volk (Arbeiterbewegung, England), Broadman (Unabhängige Arbeiterpartei Englands), Kimmens (Sekretär der Transportarbeiter-Internationale), Miglioli (Katholische Volkspartei Italiens), Henri Barbusse, Geora Ledebour u. a.

In seiner Eröffnungsrede am 10. Februar abends im Palais Epinay nahm der Internationale Kongreß gegen koloniale Unterdrückung und Imperialismus eine Reihe von Beschlüssen an, die er in folgenden Punkten zusammenfaßt:

Er sprach den belgische Abgeordnete Martens namens der belgischen Sektion der Liga gegen Kolonialunterdrückung, Henri Barbusse, Liauhanin, Vertreter des Zentraler Exekutivkomitees der Kuomintang, Jawaharlal Nehru, Vertreter der Exekutive des Allindischen Nationalkongresses, Sen Katayama, Vertreter der Arbeiterpartei Japans, Robe Basconcelos, ehemaliger mexikanischer Minister, ein Vertreter der Nationalpartei Portorikos und schließlich Jenner Broadman, Vertreter der Unabhängigen Arbeiterpartei Englands.

Henri Barbusse nannte in seiner Rede die Delegierten des Kongresses die Organisatoren und Soldaten des Befreiungskampfes der unterdrückten Völker. Er brandmarkte die Kolonialpolitik der Imperialisten in China, Indien, Marokko, Syrien. Er zeigte ihre neuen Kriegsvorbereitungen auf und wies darauf hin, daß die Sowjetunion der einzige Staat ist, wo die nationale Frage gelöst ist und sozialer Frieden herrscht. Sein leidenschaftlicher Appell an die Kongreßteilnehmer, alle Kräfte der unterdrückten Völker und Klassen zur Verhinderung eines neuen imperialistischen Krieges zusammenzuschließen wurde vom Kongreß mit der größten Begeisterung aufgenommen.

Liauhanin führte unter anderem aus: Das Verhältnis zwischen uns und den Imperialisten ist heute bereits so gespannt, daß diese kein Mittel ungenutzt lassen, um gegen uns vorzugehen. Wir müssen uns zur internationalen Einheitsfront gegen den Weltimperialismus eng und fest zusammenschließen. Die Imperialisten haben bereits erkannt, daß die unterdrückten Klassen und Völker schon mit ihrer Zusammenarbeit beginnen. Deshalb entlassen sie Truppen, Flugzeuge und Kriegsschiffe in unheimlicher Anzahl nach China, Indonien nach Marokko, um die dortige Befreiungsbewegung zu unterdrücken. Deshalb beschuldigen sie auch den ersten proletarischen Staat der Welt, die Sowjetunion, die ehrlich mit den Kämpfen der Kolonialvölker gegen ihre Unterdrücker sympathisiert, sie sei die Antiführerin der Unruhen in der ganzen Welt und die Störerin des Friedens. Der Kongreß muß sein Augenmerk auch auf die Kriegsabstiche der Imperialisten gegen die Sowjetunion lenken.

Man dankte zum Schluß der internationalen Arbeiterpartei, insbesondere den revolutionären Organisationen Englands, Australiens und Indiens für die aktive Unterstützung der chinesischen Revolution.

Katayama überbrachte die Grüße der japanischen Arbeiterpartei, besonders an die Vertreter des chinesischen und des koreanischen Volkes, das gegen den japanischen Imperialismus kämpft. Er bezeichnete den Kongreß als den Ausdruck des Willens der unterdrückten Völker, den Imperialismus nicht nur zu bekämpfen, sondern zu vernichten. Die Kolonialvölker müssen sich mit der Arbeiterpartei der imperialistischen Länder verbünden. China hat den Kampf begonnen, seinem Beispiel werden auch die übrigen Kolonien und halbkolonialen Länder folgen.

Er sprach sich für die internationale Arbeiterpartei aus, die mit allen Mitteln die militärische Intervention Englands gegen China und gegen die Sowjetunion verhindern wird.

Zum Schluß der Sitzung wurde ein Programm der nationalen Armee von China verlesen, das den Kongreß auffordert, alle Kräfte gegen die soziale und nationale Unterdrückung zusammenzuschließen.

Die 2. Sitzung des Internationalen Kongresses gegen koloniale Unterdrückung und gegen Imperialismus wurde am 11. Februar vormittags von Eds Kimmens eröffnet.

Filmindustriellen bereits eine große Anzahl von Kleinbetrieben und fast jede Woche kommen neue hinzu. Diese Theater spielen vor allen Dingen gute amerikanische Filme und gewinnen durch ihre Konkurrenz die anderen Kinobetriebe, an den Orten gleichfalls amerikanische Filme aufzuführen. Das es sich hierbei um einen ernsthaften Kampf um die völlige Beherrschung des Marktes handelt, wird von den Amerikanern rückhaltlos offen ausgesprochen. Die große amerikanische Zeitung Film-Daily sagt:

„Im Ausland wird man natürlich diese Bemühungen, die Theater zu schließen, überaus aufpassen. Und doch, wenn die fortschreitende Entwicklung so verläuft, daß amerikanische Filme im Ausland genau so ihre eigenen Uraufführungen haben müssen wie in Amerika, was kann dagegen geschehen?“

Daß die europäischen Abwehrmaßnahmen gegen diese amerikanischen Bestrebungen, die schon seit längerer Zeit bestehen, erst jetzt in schärferer Maßnahme eintreten, dürfte allerdings einen besonderen Grund haben. In wachsendem Maße kommt es nicht nur der Filmindustrie, sondern allen Kreisen der Bourgeoisie zum Bewußtsein, daß nicht der Presse und dem Radio der Film eine der wichtigsten Meinungsfabriken der Welt ist. Täglich werden viele Millionen durch das Bild der Filmenden veranlaßt in ihren Anschauungen beeinflusst und ein geschickte Regie vermag ebenso unter dem Mantel „neutraler“ Spielfilme Propaganda zu treiben, wie durch das Mittel harter Zensur. Und die großmächtige amerikanische Filmindustrie wendet beide Methoden mit außerordentlichem Geschick an. Über ihre vielen Möglichkeiten, manchmal auch recht auf den Gesellschaftsstand, die stets Propaganda für die kapitalistische Gesellschaft sind, ist schon viel gesagt worden. In den letzten Tagen wurde aber der Versuch gemacht, daß die amerikanischen Filmtöner ebenso geschickt das Mittel der offenen und brutalen Zensur zu handhaben verstanden.

Im vorigen Jahre, noch bevor der Ufa-Konzern sich unter die amerikanische Finanzkontrolle begeben hat, schickte er eine Filmexpedition, unter Führung von Professor Alfons Goldschmidt nach Mexiko. Diese nahm nicht nur die üblichen schönen Landschaften auf, sondern versuchte in dem Kulturfilm auch den Beweis zu erbringen, daß das mexikanische werktätige Volk durch die amerikanischen Dollars nicht etwa „geopfert“ wird, sondern eher das Gegenteil. Die Aufarbeitung der vom amerikanischen Imperialismus noch unabhängigen Regierung Mexikos kam in diesen Aufnahmen zum Ausdruck. Für die Herstellung dieses Films hat die Ufa reiche Summen verausgabt. Der Film ist bereits seit längerer Zeit zur Vorführung fertig, aber aus dem Geschäft wurde bisher nichts; aber nicht etwa weil die Ufa an ihrem eigenen Kinde plötzlich etwas auszuwickeln fand, sondern wir haben Grund zu der Annahme, daß die amerikanischen Geldgeber des Ufa-Konzerns, deren Kuro in ansehnlicher auf die

Namens des Chinesischen Gewerkschaftsbundes begrüßte Chanfaun, Mitglied des Hongkonger und Kantoner Streikkomitees, den Kongreß. Sinauilen erkannte, daß die Hauptkraft, um die ausländischen Imperialisten in China kürzen zu können, die Arbeiterpartei und die Bauernschaft ist. Die Kuomintang geht den von ihren großen Führern vorgezeichneten Weg. Auf diesem Wege des Zusammenrückens aller Ausgeborenen im nationalen und internationalen Kampfe wird der Sieg über den Imperialismus errungen werden. Das chinesische Volk ist mit der Sowjetunion in Freundschaft verbunden. Die Imperialisten trachten dieses Bündnis, das eine gewaltige antimperialistische Kraft darstellt, zu zerreißen. Doch das chinesische Volk weiß bereits, wo seine Freunde zu suchen sind.

Hierauf hielt Geora Ledebour das Referat über die imperialistische Kolonialpolitik und ihre Auswirkungen in den kolonialen und halbkolonialen Ländern. Er charakterisierte das Wesen der Kolonialpolitik der Imperialisten und schilderte kurz die neuen imperialistischen Vorstöße und Gewalttaten in China, Marokko, Syrien usw.

Die reformistischen Führer Macdonald, Vandervoelde machen das Spiel ihrer Regierungen mit. Sie scheinen ihre Haltung auf dem Stockholmer Kongreß 1907, wo sie gegen Kolonialpolitik waren, längst vergessen zu haben. Ein Kommuniqué der Zweiten Internationale nennt die „Liga gegen koloniale Unterdrückung“ eine Organisation unverantwortlicher Elemente, von Hampdenmännern in Händen der Kommunisten. Ich frage: Mit darunter auch Broadman, der Vorsitzende der Unabhängigen Arbeiterpartei Englands, zu verstehen? Ist auch er eine solche Nationette?

Die unterdrückten Völker lassen sich nicht mehr irreführen. Aus den Reden der chinesischen Vertreter ging heroor, daß der chinesische Kuli ein staatenbewußter Arbeiter geworden ist. Der Kongreß muß gegen die Kolonialmacht für die Befreiung der unterdrückten Länder kämpfen. Der Kongreß muß gegen jede kriegerische Intervention kämpfen. Pflicht der Arbeiterpartei ist es den drohenden Krieg durch einen allgemeinen Streik zu verhindern. Kampf! Das ist die Parole! In dieser Epoche ist für Passivismus kein Platz!

Niederstimmernde Kritik an der Arbeiterpartei

Brüssel, 14. Februar. (Eig. Drahtmeldung.)

Auf der Kolonialkongress in Brüssel ist auch die englische Arbeiterbewegung stark vertreten. Von der Exekutive der Labourparlamentarierfraktion Landsburger, von der Unabhängigen Arbeiterpartei der Vorsitzende Broadman, Brallford und andere. Der Londoner Generalkonvent beschloß ebenfalls die Entsendung eines offiziellen Delegierten. Die Mehrheit der englischen Parlamentarierfraktion ist unter einem solchen Kampfbund, wie sie in Broadmans Rede als Vertreter der Macdonald-Partei in Brüssel mit folgenden Worten zum Ausdruck kommt: Ich bekenne mich schamlos, daß die Labourregierung es verabsäumt hat, Indien gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Ich bekenne, daß diese Regierung mit Indien im großen und ganzen in derselben Art gesprochen hat, wie die kapitalistische Regierung. Wir können es nicht verfehlen und bekennen es zu unserer Schande, daß die Labourregierung für die berüchtigte Benaalordnung der Anwalt ist. Dieser niederstimmernde Kritik eines englischen Sozialdemokraten an der eigenen Partei ist kaum etwas hinzuzufügen.

Die 2. Internationale in China

Paris, 11. Februar. (Eig. Drahtmeldung.)

Seit gestern tagt der Exekutivkongreß der 2. Internationale. Er hört den Bericht eines chinesischen Delegierten, der angeblich der Vertreter der chinesischen „Sozialdemokratie“ ist. In Wirklichkeit vertritt dieser chinesische Vertreter keinerlei Organisation in China und scheint ein in Paris lebender Chinese zu sein. Der Exekutivkongreß der 2. Internationale beschloß selbstverständlich keinerlei Aktion und nicht die geringste Kampfmaßnahme zur Verhinderung von Waffen- und Transporten der Imperialisten gegen die Chinesen. Ein Ausbruch legte lediglich eine Resolution vor. Diese lautet, daß die Führer der 2. Internationale unter dem Druck der Massenmühsel in England, Deutschland und anderen Ländern, angesichts der machtlosen Demonstration in Brüssel die bisherige Formulierung der Resolution ändern und sich für die Freiheit und andere Korrekturen auf dem Papier fordern.

Der Verlauf der Exekutivkongresssitzung weist aber, daß die Führer der 2. Internationale auch in Zukunft jede praktische Maßnahme zur Unterdrückung des Kampfes gegen den Imperialismus sabotieren werden. Nach der Kriegsvorbereitung des englischen Imperialismus gegen die Sowjetunion schweben sich die verarmten Führer der 2. Internationale aus. Sie beklagen aber ihre praktische Unterdrückung dieser Vorbereitungen durch eine internationale Parteimittinge gegen die Sowjetunion wie sie von Abramowitsch und dem angeblichen chinesischen Vertreter behauptet werden.

Kriegerische Eroberung Mittelamerikas für den amerikanischen Imperialismus geht, gegen die Vorführung dieses Films Einsatz erhoben haben. Auf diese Weise tritt die amerikanische Filmindustrie bereits ganz offen als Zensur auf. Es zeigt sich, daß das geflügelte Wort vom „amerikanischen Film-Imperialismus“ schon längst keine Utopie mehr ist, sondern eine sehr handgreifliche Wirklichkeit.

Für das deutsche werktätige Volk kann es zwar an sich egal sein, ob die deutschen oder amerikanischen Ausbeuter ihre Filmpropaganda für den Kapitalismus treiben. Nichtsdestoweniger ist gegen diese Kämpfe in der internationalen Filmindustrie ebenso wie in der imperialistischen Gegenwart der Welt wider, wie die Schlachten auf anderen Feldern der Weltwirtschaft. Gegen den bourgeoisen Film, gegen den bürgerlichen Schund und Schmutz, der heute die deutschen Kinobühnen überflutet, gibt es nur eine Gegenwehr, das ist die Forderung nach der unbeschränkten Einfuhr sowjetrußischer Filme nach Deutschland und die Förderung der russischen Filmindustrie.

Zur Ausstellung Arthur Geißler im Kunsthallen Kuhl, Neuhäuser Markt 12, vom 8. Februar bis 1. März. Die Dresdner Kunstausstellung Kuhl hat eine Anzahl Gemälde dieses Dresdener Künstlers zur Zeit in ihren Räumen ausgestellt. — Wer vor diesen Bildern steht, wird das Gefühl, kraftvolles Naturleben zu gewahren, nicht wegsehen können, denn vom Herkömmlichen und Gewöhnlichen ist in ihnen nichts zu spüren. Er steigert seine Landschaften so, daß man sie nicht wieder verzieht. Der Bild dieses Malers ist ursprüngliche Naturbetrachtung. Des Künstlers Einstellung zu den menschlichen und sozialen Problemen der Zeit ist in diesen Landschaftsbildern lebendig. Starkes Naturerleben, künstlerisch gefaßt und verfeinert, zeigt eindringlich die Tatkraft und Körperlichkeit der Dinge. Doch hat sie Arthur Geißlers Sachlichkeit keineswegs leer und leerfüllig gemacht, sondern zwischen Stofflichem und Visionärem ist ein überzeugendes Zueinanderfinden vorhanden. Was einen gesunden Menschen mit dem Leben der Natur verbindet, ist in diesen Bildern ausgesprochen. Das Verbundenheit des Menschen mit Wiese, Baum, Stein, Luft und Wolken wirkt in ihnen. Einfach sind auch die Motive — der Phantasie und dem Gefühl des Malers freien Spielraum lassend — wie Acker, Baumblüten, Später Herbst usw. Wer Freude an guter Kunst hat, verläumt es nicht, sich diese Bilder anzusehen. Die Arbeiten Arthur Geißlers unterscheiden sich vorteilhaft von der üblichen, bürgerlichen Kunstwerke. Sie sind die Werke eines proletarischen Malers, der in ihnen seine zeitlichen Grundempfindungen in Farbe und Komposition zu steigern versucht hat.

Die nächsten Aufgaben auf dem Gebiete der Agitation und Propaganda

Die vorliegenden Aufweisungen wurden in der Sitzung der Agitationsabteilung des Z. d. R. am 12. Januar, beraten und vom Sekretariat bestätigt. Die Veröffentlichung in der Presse geschieht, damit alle Genossen informiert werden und alle Parteimitglieder dazu Stellung nehmen können. Die Betriebszellen erhalten noch spezielle Anweisungen.

Die kapitalistische Rationalisierung hat infolge ihrer Umformung durch die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften zur Zerschlagung der Macht der deutschen Großbourgeoisie und zur Schaffung der Voraussetzungen für eine aktive imperialistische Politik geführt. Die Veränderung des Kräfteverhältnisses sind: ihren Ausdruck in der Bildung der Bürgerblockregierung in Deutschland und in der Einziehung Deutschlands in die imperialistische Front. Die Regierungsbildung ist das Ergebnis der achtjährigen Qualifikationspolitik der SPD, und der Arbeitsgemeinschaftspolitik des ADGB. Nachdem die deutsche Bourgeoisie verstanden hat, mit Hilfe der Sozialdemokratie ihre wirtschaftliche Macht zu festigen, proklamiert sie die verstärkte Taktik der Großindustrie. Zur gleichen Zeit proklamiert Chruschiloff offen den Kampf zur Vernichtung des Leninismus und der Sowjetunion.

Die Verschärfung der Taktik der deutschen Großbourgeoisie und die Kriegshetze gegen Sowjetrußland zeitigen eine Verschärfung der Klassenkämpfe und eine allmähliche Intensivierung breiter Arbeitermassen. In dieser Situation muß die SPD, alle Kräfte mobilisieren, um die einheitliche Kampffront aller Werktätigen zu organisieren. Das Schwergewicht der Arbeit muß dabei in die Betriebe und Gewerkschaften gelegt werden. Zu diesem Zwecke ist es insbesondere notwendig, die Agitation und Propaganda in der Partei und unter den breiten Massen der Werktätigen systematisch auszubauen und die Erfahrungen zu studieren und auszuwerten, damit es gelingt, die Arbeitermassen in Bewegung zu bringen.

Die wichtigsten Aufgaben sind folgende:

1. Agitation.

Durchführung der Kampagne gegen den Bürgerblock, „Für Achtstundentag“ usw. im Sinne des Aufrufes des Z. d. R. vom 21. Januar. Im Vordergrund der Aktion stehen die Forderungen des Achtstundentages, der Lohnsteigerung und der Abwehr jeder Wertverminderung. Zu diesem Zwecke sollen überall öffentliche Versammlungen, Betriebsversammlungen, Versammlungen für Mieter, Freidenker (gegen Konfordat usw.) stattfinden. In erster Linie muß versucht werden, in den Gewerkschafts- und Betriebszellen Versammlungen der Arbeiter zum Kampf für den Achtstundentag und für Lohnsteigerungen sowie gegen imperialistische Kriegshetze zu mobilisieren. Die Parteileitung muß systematisch kontrollieren, ob die Versammlungsaktivität (öffentliche Versammlungen, Betriebszellenversammlungen, Versammlungen außerparteilicher Organisationen, insbesondere Gewerkschafts- und Betriebszellenversammlungen) sich wie diesen Fragen beschäftigt haben. Wo das nicht gelte, ist, müssen die entsprechenden Parteiorganisationen durch Beauftragte der Parteileitung (Instruktoren) bei der Durchführung dieser Aufgaben unterstützt werden.

Im Rahmen der allgemeinen Kampagne muß alles getan werden, um die Bezirks- und Ortsausschüsse der Werktätigen zu unterstützen, die Einberufung der Stabs-, Unterbezirks- und Bezirksdelegiertenversammlung der Werktätigen zu fördern und besonders dort, wo viel Arbeiterinnen beschäftigt sind, Arbeiterinnen-Delegiertenkonferenzen zu organisieren. Die Agitationsabteilung und Agitprop-Organisationen sind verpflichtet, entsprechend den Aufweisungen der betreffenden Parteileitung, diese Aufgaben mit allen Kräften durchzuführen.

2. Die Aufgaben der Zellen.

Der Ausbau der Betriebs- und Straßenzellenarbeit ist die Voraussetzung für die Verwirklichung aller Parteimitglieder zur Parteiarbeit und damit für eine wirkliche Massenagitation und Propaganda. Im Vordergrund der Betriebszellenarbeit steht der Kampf gegen die sozialen Folgen der kapitalistischen Rationalisierung, insbesondere für Achtstundentag und Lohnsteigerung. Zu den Hauptaufgaben sollen vor allem folgende Themen bekannt gemacht werden: Achtstundentag, der Bürgerblock, die Erwerbslosenforderungen, die imperialistische Kriegshetze gegen die Sowjetunion.

Zur Verwirklichung der Betriebszellenarbeit sollen Kurse von vier Abenden stattfinden mit dem Thema: „Die kapitalistische Rationalisierung“ sowie „Die Gewerkschaftsbewegung“. Die Kurse sollen nach Arbeitsstunden stattfinden und dürfen nicht länger als zwei Stunden dauern. Unter Berücksichtigung der Betriebsverhältnisse sind Sympathisierende möglichst hinzuzuziehen.

Zur weiteren Beeinflussung der Belegschaft muß die regelmäßige Herausgabe der Betriebszeitung und der systematische Vertrieb der Parteiliteratur wirksam verwirklicht werden. Zugleich ist es nötig, neben den Belegschaftsversammlungen besondere Veranstaltungen für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Betriebe durchzuführen, in denen außer einem kurzen Vortrag ein Film vorgeführt wird oder Szenen aus dem Arbeiterleben dargestellt werden (Blau, Blau, Sprecher). Ihre Arbeiterinnen sind besondere Veranstaltungen zu organisieren, in denen auch die speziellen Frauenfragen behandelt werden, u. a. die Fragen, die mit dem § 218 zusammenhängen.

Für die Sympathisierenden soll wenigstens monatlich eine Versammlung mit einem guten Vortrag stattfinden. Zur Verankerung der Zellen ist eine ständige Werbearbeit notwendig. Die Zellenleitung soll monatlich die Mitglieder- und Abonnentenverzeichnisse jedes einzelnen Mitgliedes kontrollieren. Der Agitproporganisator ist dafür verantwortlich, daß in allen Abteilungen des Betriebes eine ständige systematische Werbearbeit durchgeführt wird und auch die Betriebszeitung auf die Werbung Bezug nimmt.

Die genannten Aufgaben sind gegenwärtig besonders zu verbinden mit der Vorbereitung der Betriebszellenwahlen. Die Straßenzellen sollen ebenfalls vierzehntägig zusammenkommen. Gegenwärtig sind insbesondere Vorträge in den Zellenversammlungen über folgende Themen notwendig: Das Programm der Bürgerblock, Mieterfragen, Erwerbslosenfrage, die imperialistische Kriegshetze gegen die Sowjetunion. Außerdem sollen Sympathisierenden-Versammlungen für die Bewohner mehrerer Häuser durchgeführt werden, sowie besondere Veranstaltungen für Arbeiterfrauen mit Vortrag, Filmvorführung, Vorführung von Szenen aus dem Leben der Arbeiterinnen usw. Die Straßenzellen müssen besonderen Wert legen auf die eigene Herstellung von Agitationsmaterial (Sonderzeitungen, Wandzeitungen, Schaffung roter Eden in den Betriebskiosken der Arbeiter und dergleichen) und auf den Vertrieb der kommunistischen Literatur in jeder Arbeiterwohnzone.

3. Propagandearbeit.

Erhöhung des politischen Niveaus der Mitgliederversammlungen, der Betriebszellen, Straßenzellen und Ortsgruppen. Es muß erreicht werden, daß täglich in jeder Zelle ein Referat stattfindet. Zu diesem Zwecke sind von den Unterbezirksleitungen die Referenten regelmäßig zusammenzubringen zur gründlichen Instruktion und Aussprache.

Durchführung von Elementarkursen in allen Zellen.

Sympathisierende können hinzugezogen werden. Für die nächsten Monate sollten folgende Themen in Betracht: „Die Gewerkschaftsbewegung“ (auf Grund der Broschüre des Gen. Guderle), „Die kapitalistische Rationalisierung“ (auf Grund des Berichtes und der Reden des Gen. Budarin auf der Erv. Konferenz, Anprecher Nr. 147 u. 156). Die Kursleiter für diese Elementarkurse sind in regelmäßigen Zeitabständen von der Unterbezirks- oder Bezirksleitung zusammenzubringen zwecks seminaristischer Durcharbeitung eines bestimmten Themas.

Durchführung von Funktionärskursen bezirks- und unterbezirksweise an Sonntagen, oder in Großstädten an Wochenendtagen. Vor allem sind folgende Themen zu behandeln: „Die kapitalistische Rationalisierung“ (4 Sonntage); „Der Imperialismus“ (vier Sonntage). Außerdem sollen Vorträge zur Vorbereitung der Betriebszellenwahlen speziell Kurse für kommunistische Betriebsräte stattfinden (2 Sonntage) mit

Lenin über die Bedeutung der Betriebszeitungen

„Es ist allbekannt, daß die weite Verbreitung und die Festigung des wirtschaftlichen Kampfes der russischen Arbeiterhand in Hand ging mit dem Entstehen einer „Literatur der ökonomischen Forderungen“ und Gewerkschaftsorganen“. Der Hauptinhalt der Flugblätter bestand aus Enthüllungen der Zustände in den Fabriken und bald entbrannte in den Arbeiterkreisen eine wahre Leidenschaft für Enthüllungen. Sobald die Arbeiter sich überzeugt hatten, daß die Zellen ihnen eine neue Art von Flugblättern geben könnten, in denen die Wahrheit über ihr elendes Leben, ihre übermäßig schwere Arbeit und rechtlose Lage enthalten ist, — da begannen die Korrespondenzen aus Fabriken und Betrieben nur so zu regnen. ... Die „Flugblätter“ waren in den meisten Fällen eine wirkliche Kriegserklärung, denn die Enthüllung über eine unerregende Wirkung aus und rief in den Arbeitern den allgemein empfundenen Wunsch nach Befreiung der schlimmsten Mißstände und die Bereitschaft, diese Forderungen durch Streiks zu unterstützen, hervor. Es geschah oft, daß das bloße Erscheinen eines Flugblattes bewirkte, daß sämtliche oder ein Teil der Forderungen erfüllt wurden. Mit einem Worte: die ökonomischen Enthüllungen der Fabrikszellen waren und sind noch jetzt ein wichtiger Hebel des ökonomischen Kampfes. Und diese Bedeutung werden sie behalten, solange der Kapitalismus besteht.“ (Aus: „Was tun?“, 1902.)

des Themas: „Die kapitalistische Rationalisierung und die Aufgaben der Betriebsräte“.

Im Rahmen der Kurse oder im Anschluß an diese sind die Genossen speziell zu häufen über die Vorbereitung und den Aufbau von Referaten und Diskussionsreden, die zweckmäßigste Methode der Materialsammlung usw.

Im Anschluß an die Kurse sollen die Teilnehmer weiter zu Arbeiterfortbildungskursen zusammenkommen, um bestimmte Fragen durchzuarbeiten. Als Material für diese Selbstbildungskurse erlaube ich jeden Sonntagabend bzw. Sonntag in der kommunistischen Presse eine Rubrik: „Arbeiterfortbildung“.

Zur Einführung neuer Parteimitglieder sind in bestimmten Zeitabständen Versammlungen einzuberufen, in denen über die Bedeutung und Aufgaben der kommunistischen Partei gesprochen wird. Die Neuaufnahmen sind anzuhalten, danach an Elementarkursen teilzunehmen.

4. Die Arbeiterkorrespondentenbewegung.

Eine der wichtigsten Voraussetzungen zur Massenmobilisierung ist die Organisation und Erziehung der Arbeiterkorrespondenten. Mit Hilfe der Tagesberichte aus den Betrieben, aus dem Arbeiterleben, über die Maßnahmen der Unternehmer, der Hausbesitzer, der Behörden usw. müssen wir den Arbeitern ihre Lage zum Bewußtsein bringen. Dazu ist notwendig, daß in der Presse öffentliche Fragen an die Leser gestellt werden, daß die Redaktionen individuell mit Arbeitern korrespondieren und daß von der Redaktion gemeinsam mit dem Agitpropapparat ein Netz von Arbeiterkorrespondenten in allen Betrieben, Wohnvierteln und Arbeiterorganisationen organisiert wird. Diese Arbeiterkorrespondenten sollen unterbezugweise monatlich zusammenberufen werden. Zur Durchführung dieser Aufgaben ist eine genaue Registrierung der Arbeiterkorrespondenten und die Verantwortung jedes Arbeiterbriefes durch die Redaktion notwendig.

5. Literaturvertrieb.

In letzter Zeit zeigte es sich, daß die verantwortlichen Genossen sich zu sehr beschränken auf die Organisation des Betriebes der „Arbeiter Illustrierten Zeitung“ und den Vertrieb der Parteiliteratur verhältnismäßig vernachlässigten. Die

Agitpropabteilungen und Korrespondenten müssen dafür sorgen, daß in jedem Ort und in jeder Zelle ein Genosse für die Organisation des Literaturvertriebes verantwortlich gemacht wird und müssen monatlich den Literaturumsatz kontrollieren. Wir verweisen besonders auf folgende Schriften, die in Betrieben, Gewerkschaften und Arbeiterorganisationen vertrieben werden sollen: „Rationalisierung und Kriegshetze“ (Preis 20 Pf.), „Für oder gegen die kapitalistische Rationalisierung“ (Preis 10 Pf.), „Die SPD und der Sozialismus“ (Preis 10 Pf.), „Rationalisierung und Erwerbslosigkeit“ (Preis 10 Pfennig), „Was muß der Erwerbslose wissen?“ (Preis 20 Pfennig). Am Februar wird die Agitpropabteilung des Z. d. R. einige Flugblätter und Broschüren herausgeben, die von allen Ortsgruppen, Zellen und Fraktionen gegen Beschaffung von der Geschäftsabteilung des Z. d. R. bezogen werden können.

6. Ausgestaltung der Versammlungen.

Die Agitpropabteilungen müssen mehr als bisher die Versammlungsbedingungen im Sinne einer lebendigeren Ausgestaltung der Versammlungen ausweiten. Mit Hilfe von Filmvorführungen, Darstellung von Szenen aus dem Arbeiterleben (im Februar werden in der Zelle „Rote Erbsen“ Materialien dazu veröffentlicht) gilt es, die Versammlungen auszugestalten. Ebenso sollen die allgemeinen Versammlungen, die bisher meist nur an Gedankenspielen bestanden, öfter stattfinden und ausgebaut werden. Auch hier müssen mehr als bisher der Film, der Sprecher, die „Gruppen der Frauen Hilfe“ herangezogen werden. Besonders empfiehlt es sich für Versammlungen in Großbetrieben, Versammlungen zu organisieren (Ausführung einer proletarischen Revue oder Filmvorführungen, Vorträge über China und dgl.). Die Geschäftsleitungen und Redaktionen der Zeitungen sollen regelmäßig Versammlungen für die Freunde der betreffenden kommunistischen Zeitung organisieren, wo in Verbindung mit wichtigen Betriebsangelegenheiten Vorträge gehalten werden, z. B. über China, über den englischen Imperialismus, über den Arbeiterkampf in Sowjetrußland und dgl. Dabei ist besonderer Wert auf die Verwendung des Films zu legen.

7. Werbearbeit für Partei und Presse.

Trotz der großen Fortschritte in Bezug auf den Einfluß der Partei auf die Massen der Werktätigen zeigt die Werbearbeit für Partei und Presse noch große Mängel. In erster Linie ist eine genaue Kontrolle des Mitglieder- und Abonnentenstandes der einzelnen Ortsgruppen und Zellen nötig, damit individuell die Ursachen der ungenügenden Werbearbeit festgestellt und mit Hilfe der höheren Parteileitungen beseitigt werden. An Stelle allgemeiner Werbekampagnen soll die Werbearbeit in höherem Maße auf bestimmte Orte und bestimmte Betriebe konzentriert werden. Dadurch ist eine bessere Unterweisung durch die Zeitung und eine gründlichere Unterweisung, Instruktion und Kontrolle durch die höheren Parteileitungen möglich.

8. Der Aufbau des Agitprop-Apparates.

Die Agitation und Propaganda betrifft alle Zweige der Parteiarbeit. Deshalb muß der verantwortliche Leiter der Parteileitung die Agitpropabteilungen direkt instruieren und kontrollieren. Die Leitung der Agitpropabteilung bei den Bezirks-, Unterbezirks-, Ortsgruppen- und Stadtteilleitungen ist in einem Mitglied der Zelle, Parteileitung zu übertragen. Unter den Mitgliedern der Agitpropabteilung ist die Arbeit in folgender Weise zu verteilen: Agitation; Propaganda; Presse — Arbeiterkorrespondenten — Betriebszellen; Literaturvertrieb; Versammlungen. An den Ortsgruppen der Agitpropabteilung nimmt der Leiter der Zelle, und Gewerkschaftsabteilung, der Agitproporganisator des Z. d. R. sowie wenn nötig, die Agitproporganisatoren sympathisierender Organisationen teil.

Der systematische Ausbau der Agitation und Propaganda erfordert die Aufstellung von Agitpropinstruktoren, die auf Vorschlag der Agitpropabteilung von der Parteileitung bestimmt werden. Da die Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit im Vordergrund der Arbeit steht, sind vor allem Zellen Genossen mit Betriebs- und Gewerkschaftserfahrungen auszuwählen.

Die Agitpropabteilungen der Z. d. R. und ADGB haben die Aufgabe, eine Ortsgruppe und eine Großzelle zu bilden, die nach der anderen zu besuchen, um die Genossen persönlich über die Aufgaben der Agitation und Propaganda zu instruieren und ihnen bei der Ermittlung geeigneter Agitproporganisatoren zu helfen. Ebenso sollen die Agitpropabteilungen oder Agitproporganisatoren der Ortsgruppen eine Betriebs- und eine Straßenzelle nach der anderen durchgehen, um mit den Genossen die Aufgaben zu besprechen und die Bestimmung eines Agitproporganisators in jeder Zelle durchzuführen. Die Agitproporganisatoren sollen unterbezugweise alle zwei Monate zusammenberufen werden.

Vorliegende Anweisungen dürfen nicht so ausgedeutet werden, als ob die Agitproparbeit lediglich von den speziell damit beauftragten Genossen durchgeführt werden soll. Die Abteilungen und Agitproporganisatoren haben die Aufgabe, entsprechend den Beschlüssen der Parteileitung die Agitproparbeit zu organisieren und systematisch mit Hilfe der anderen Abteilungen der Parteileitung und aller Parteimitglieder auszuführen.

Der Ausbau der Agitproparbeit macht es notwendig, daß die Genossen über ihre Erfahrungen an die Agitpropabteilung des Z. d. R. ausführlich berichten, damit die Erfahrungen für die gesamte Partei angewendet werden können.

Berlin, Anfang Februar 1927.

Z. d. R.

Sekretariat (Mit. Agitprop.)

Die Organisierung der Agitation und Propaganda

w. u. Die Organisierung des Kampfes gegen den Bürgerblock, die Durchführung einer erfolgreichen Einheitsfronttaktik zum Zwecke der Mobilisierung der breiten Arbeitermassen, insbesondere für den Kampf um den Achtstundentag, die Gewinnung parteiloser, sozialdemokratischer und Zentrumsarbeiter als Sympathisierende, als Zeitungsabonnenten und Parteimitglieder erfordert einen systematischen Ausbau der Agitation und Propaganda. Die zentrale Aufgabe der Agitation und Propaganda besteht gegenwärtig in der Gewinnung der Mehrheit der Arbeiterklasse, in der Einziehung aller Kräfte der Partei, um die Arbeiter in den Betrieben, Gewerkschaften und die sonstige wertvolle Bevölkerung in Bewegung zu bringen zum Kampf um die Verbesserung ihrer Lebensbedingungen. Die Agitation und Propaganda betrifft also fast die gesamte Parteiarbeit. Diese umfangreichen Aufgaben veranlassen zu der Frage: Was soll der Teil des Parteiapparates, der sich mit der Organisierung der Agitation und Propaganda beschäftigt, tun? Die Beantwortung erfordert zuerst die Klärung der Begriffe Agitation und Propaganda.

Nach der klassischen Formulierung von Plechanow gibt

der Propagandist einer oder mehreren Personen viele Ideen. Zum Beispiel, wenn in einer Zellenversammlung die Ursachen und Auswirkungen der kapitalistischen Rationalisierung und die Stellung der einzelnen Parteien und Gewerkschaften erörtert werden, oder ein Betriebsratkuriosus, der die Rationalisierungspolitik behandelt, oder wenn in einer Zellenabteilungsfunktion über die Stabilisierung diskutiert wird, und ebenso wenn in einem Bezirksparteiapparat die Frage des neuen deutschen Imperialismus durchgearbeitet wird. In allen diesen Fällen hat der Leiter die Aufgabe, in Vortragsform oder in seminaristischer Form den Teilnehmern einen ganzen Komplex von Ideen zu übermitteln.

Der Agitator dagegen gibt einer Masse von Menschen wenige Ideen. Er konzentriert sich auf eine Hauptfrage und versucht z. B. in einer Belegschaftsversammlung an Hand von Beispielen über die Länge der Arbeitszeit die Arbeiter zum Kampf für den Achtstundentag zu gewinnen, oder in einer Erwerbslosenversammlung bringt er Beispiele über das Erwerbslosentum, um die Erwerbslosen zu veranlassen, durch eine Demonstration vor dem Rathaus und durch Demon-

Staats- und Gemeindefreiarbeiter Dresdens!
General-Versammlung

Dienstag, 15. Februar 1926, abends
7,30 Uhr in den „Annenfälen“, Fischhofplatz / Es ist Pflicht aller organisierten Kollegen, daselbst zu erscheinen!

Gemeinde- und Staatsarbeiterverband

Die Funktionäre des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter beschäftigten sich am 8. Februar mit der bevorstehenden Generalversammlung. Die Verbandsleitung glaubte, daß sie die Beschlüsse ohne eine starke Opposition durchbringen werde. Jedoch wagten unter dem Druck der Vertrauensmänner selbst die Filialvorstandsmitglieder nicht, die Beschlüsse des Vorstandes zu verteidigen. Ja, sie schloßen die Vorstände zu räumen. Der Gemeindevorstand wurde ohne große Aussprache hingenommen. Der Vorstand glaubte schon, das als ein Zeichen für den bevorstehenden reißenden Sieges hinnehmen zu können. Jedoch bei der Abstimmung über die Vorschläge zum Filialvorstand kam es zu einer scharfen Auseinandersetzung. Als der Kassierer Heider wieder zur Wahl gestellt wurde, stimmten von 157 Funktionären nur 26 für, 60 stimmten gegen Heider, die übrigen enthielten sich der Stimme. Es folgte dann eine heftige Debatte über die Vorschläge zum Filialvorstand und über die Beschlüsse des Filialvorstandes. Die Funktionäre beschloßen, daß sie über die Vorschläge des Filialvorstandes nicht abstimmen werden, sondern daß sie die Vorschläge zum Vorstand, wie auch die Anträge nur zur Kenntnis nehmen. Die Vorschläge, die der Generalversammlung unterbreitet werden, sind damit also keineswegs die Vorschläge der Funktionäre des Verbandes. Nach Verlesen der Vorschläge verlangte der Kassierer Heider das Wort zu einer Erklärung, in der er dann eine wüste Schimpfanrede gegen die Kommunisten erließ, die er als Gewerkschaftspolter und Verleumder bezeichnete. In der Resolution der Belegschaft der Werkstättenarbeiter der Städtischen Straßenbahn sei er als A.S.P.S.-Mann bezeichnet und seine Entfernung verlangt worden. Wegen dieser Resolution habe Heider gegen die Kommunisten. Jetzt steht aber, daß diese Resolution von einem S.P.D., einem A.P.D. und einem parteilosen Kollegen unterzeichnet war. Die Resolution war sowohl der Dresdener Volkszeitung, wie auch der Arbeiterstimme zugänglich, aber nur von der Arbeiterstimme abgedruckt worden. Heider erklärte, er sei nicht Mitglied der A.S.P.S., ging aber sonst um die Sache herum. Kollege Gruner verlangte eine Anrede über die Ausführungen Heiders. Der Filialleiter Förster verlor das dadurch zu verhindern, daß er erklärte, die Gewerkschaften seien unpolitisch. Kollege Gruner kam darauf, daß die Gewerkschaften sehr wohl politisch seien und daß, wenn Heider erklärte, er sei nicht Mitglied der A.S.P.S., man zu untersuchen habe, ob er nicht eine A.S.P.S.-Politik vertritt. Als Vertreter der Gemeindearbeiter im Kampf habe Heider für den A.S.P.S.-Kandidaten gestimmt. Während des Wahlkampfes sei aus seiner Wohnung Material für die A.S.P.S. verbreitet und der Volksstaat ausgegraben worden. Es zeigt sich also, wo die Zerklüftung der Einheitsfront der Arbeiterschaft zu suchen seien und daß nicht nur diejenigen Gewerkschaftsführer, die das A.S.P.S.-Mitgliedsbuch in der Tasche haben, die Gewerkschaft der Kapitalisten bejagen, sondern daß auch viele, die das Mitgliedsbuch der S.P.D. noch haben, in der wirklichen Praxis A.S.P.S.-Politik betreiben und die Interessen der Arbeitnehmer wahren. Kollege Weidner bewies, daß die Kommunisten im Gemeinde- und Staatsarbeiterverband immer als die eifrigsten Arbeiter für die Interessen der Gewerkschaftsbewegung tätig gewesen seien. Eine weitere Debatte wurde durch einen Schlußantrag abgebrochen, und zwar gelang es denselben durchzubringen, weil ein großer Teil der Belegschaft nicht wollte, um was es sich bei der Abstimmung handelte.

Nunmehr gab Förster die eingegangenen Anträge bekannt. Von Kollegen Weidner sind folgende Anträge eingebracht: Zur Sonnabendmittag den Arbeitsschluß auf 12 Uhr festlegen, den Arbeitsschluß auf einhalten und ohne Lohnkürzung diese Maßnahme durchzuführen. Ein weiterer Antrag des Kollegen W. verlangt die Durchführung des Transfurter Beschlusses, eine Delegation nach Gewerkschaft und zum gemeinsamen. Ein Antrag des Kollegen Lade verlangt Stellungnahme gegen die Vorstandswahl der Amsterdamer Gewerkschafts-Internationale, die die Verbindung mit der Moskauer Internationale abgelehnt hat. Ein Antrag Gruner verlangt, daß A.S.P.S.-Leute nicht als Funktionäre im Verband tätig sein sollen und daß diejenigen, die während ihrer Wahlperiode durch Abstimmung oder sonst die A.S.P.S.-Politik unterstützen, von ihrem Posten entfernt werden. Neben diesen Anträgen wurden eine Anzahl weiterer Anträge des Zentralvorstandes und der Mitgliedschaft bekanntgegeben.

Unter Punkt Verschiedenes fragt Kollege Gruner an, was der Filialvorstand gegen die angekündigte Mietpreissteigerung unternehmen wolle, des Weiteren, ob die Organisation, wenn den Beamten durch die Reichsregierung am 1. April eine Beihilfe gewährt werde, eine solche auch für die Arbeiter fordern wolle. Förster erklärte, daß die Tarifkommission dazu noch nicht Stellung genommen habe.

Am Dienstag, dem 15. Februar, werden die Gemeindearbeiter in den Annäherungen in der Generalversammlung über die schwebenden Fragen die Entscheidung treffen. Bei den überaus wichtigen zur Entscheidung stehenden Fragen darf kein Mitglied fehlen.

Behebung der Arbeitslosigkeit im Malergewerbe

Das Malergewerbe wird im Winter durch Arbeitslosigkeit besonders heimgeleitet. Die kommunizistische Fraktion beantragte, daß die Regierung sofort alle notwendigen Malerarbeiten in ihrem Bereich durchzuführen hat. Dabei sollen die Arbeiten möglichst in eigener Regie vorgenommen werden. Bisher war es so, daß die Regierung in ihren Gebäuden während der Sommerferien Malerarbeiten durchführen ließ. Das bedeutete für die Maler: Heberstunden im Sommer, Arbeitslosigkeit im Winter. Die kommunizistische Fraktion verlangte die Verteilung der Arbeiten auf das ganze Jahr. Die bürgerlichen Vertreter wandten sich im Ausschuß mit der Ausrede, daß Regierarbeit teurer sei, als Privatarbeit, gegen die Regierarbeit. Dieser Teil des Antrages wurde durch Fehlen eines sozialdemokratischen Vertreters abgelehnt. Im übrigen wurde der Antrag angenommen.

Aus dem Schuhmacherverband

Vom Zentralverband der Schuhmacher wird uns geschrieben: Die Jahreshilfe Dresden des Schuhmacherverbandes hielt am 8. Februar ihre Generalversammlung ab. Nach Erledigung des Punktes 1 der Tagesordnung, Geschäftliches, und einer Ehrung der im verwichenen Jahre verstorbenen 14 Mitglieder, von denen 7 über 20 Jahre dem Verband angehört, erstatteten die beiden Angestellten unter Punkt 2 der Tagesordnung den Jahresbericht. Aus diesem ist folgendes zu entnehmen: Das Krisenjahr 1926 wirkte sich in der Schuhwarenherstellung besonders nachteilig aus. Die monatlichen Statistiken über die Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit in den deutschen Gewerkschaften ergab, daß in den ersten fünf Monaten in keinem anderen Beruf die Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit einen derartigen Umfang angenommen hatte als in der Schuhindustrie. Im Februar waren von 2189 Mitgliedern der Jahreshilfe Dresden 1136, gleich 51 Prozent, arbeitslos, 707 gleich 32 Prozent Kurzarbeiter und nur 17 Prozent Vollarbeiter. Neben dem im Jahre 1925 für das Jahr 1926 angemeldeten 6 Betriebsstilllegungen wurden weitere 12 Stilllegungen angemeldet und durchgeführt. Die im Jahre 1926 abgelaufenen beiden Tarifverträge wurden unter Mitwirkung der amtlichen Schlichtungsinstanzen erneuert. In dem Tarif für die Schuhindustrie wurden einige Verschlechterungen eingeführt. Unter anderem wurde der Lohn der weiblichen Arbeiter unter 21 Jahre von 75 auf 70 Prozent der Männerlöhne herabgesetzt, eine Verschlechterung der Ferienbestimmungen sowie eine Erleichterung für die Herabsetzung der Arbeitslohn bei der Erneuerung der Tarife eingetretene tariflose Zeit, die Betriebsstilllegungen und die große Arbeitslosigkeit wurde von mehreren Unternehmern zum Zwecke des Lohnabbaues, teilweise mit Erfolg, ausgenutzt. Am Jahresende drohte ein weiterer in der Schuhindustrie nie dagewesener Kampf auszubrechen. Die Fabrikantenorganisationen distanzieren, daß die von den Gewerkschaften gestellten Lohnforderungen mit der Generalausperrung der in der deutschen Schuhindustrie beschäftigten Personen beantwortet werden sollte. Entsprechend diesem Diktat der Unternehmerverbände erfolgten im Verbreitungsgebiet der Jahreshilfe Dresden in 21 Schuhfabriken mit 1103 Beschäftigten in der Weihnachtswoche die Kürzungen. Das Reichsarbeitsministerium hat durch die Anwendung des Zwangsbeschäftigungserlasses diese Differenz herbeigeführt. Dadurch wurde der Erwerbendenlohn vom 20. Dezember ab von 70 auf 75 P. erhöht und trat demzufolge für alle Arbeiter eine kleine Lohnerhöhung ein. Die Jungen hatten sich das Ziel gesetzt, in dem Tarif für die Handwerksbetriebe einen Abbau der Löhne und der Gehaltsseiten vorzunehmen. Durch Schiedspruch blieben die Löhne unverändert bestehen, die Gehaltsseiten für die Herren- und Damen-Reparaturen wurde dagegen etwas abgebaut. Die Zahl der bestehenden Schuhfabriken ist seit 1925 um 11 zurückgegangen und beträgt noch 43. Die Zahl der Beschäftigten ging von 2354 auf 1581 oder 53 Prozent zurück. Die Zahl der Handwerksbetriebe beträgt 1373, davon beschäftigten aber nur 132 Gehilfen, und zwar 238. Außerdem werden noch

133 Lehrlinge beschäftigt. Von den in der Industrie Beschäftigten gehören 85 Prozent und im Handwerk 70 Prozent dem Verband an. Zur Erledigung der im Berichtsjahr entstandenen Differenzen fanden statt: 39 Verhandlungen mit Arbeitgeber, 49 Vertretungen an Gerichten, und 6 Beschwerden an die zuständigen Behörden. Aus dem Kasernenbericht ist zu entnehmen, daß die Hauptkasse mit 46 978,56 RM, und die Lokalkasse mit 18 356,93 RM, balanciert. Insgesamt wurden 22 174,-- RM an Unterhaltungen an die Mitglieder ausgezahlt. Infolge der Rückentwicklung der Schuhindustrie ging die Mitgliederzahl auch zurück, und zwar von 212 auf 1883, von letzteren sind 730 weibliche Mitglieder. Der Bericht wurde mit Zustimmung ohne Kritik angenommen. Die im Anschluß an diesen Bericht vorgenommene Wahl der Ortsverwaltung ergab die Wiederwahl der bisherigen Ortsverwaltung mit Ausnahme eines freiwillig ausscheidenden Mitgliedes.

Die Anknappschaffretner werden betrogen

Im Haushaltsausschuß B stand der kommunizistische Antrag auf Einstufung der Bergbauarbeiter aus der Lohnklasse 4 in 5 zur Beratung. Der nach dem Reichsknappschaffgesetz einzulesende Anknapp hat entgegen den tatsächlich verdienten Löhnen, die der 5. Lohnklasse entsprechen, die Einstufung in die 4. Lohnklasse vorgenommen. Es wurden im Monat Juli 1926, der für die Berechnung des Grundlohnes in Frage kam, in den einzelnen Lohnklassen folgende Wochenbeiträge entrichtet:

Lohnklasse 1	1 561 Beiträge
2	4 319
3	7 475
4	18 972
5	40 400
6	35 703
7	20 988
Summa	129 418 Beiträge

Aus dieser Aufstellung geht hervor, daß der errechnete Durchschnittslohn nicht 132,50, sondern 175 Mark beträgt. Die Unternehmervorteile im Haushaltsausschuß B haben dies nicht betritten. Lediglich die Tatsache, daß durch diese Einstufung die Zuschüsse zur ländlichen Anknappschaff von letzten des Reichsknappschaffgesetzes sich um 120 000 RM monatlich erhöhen, hat die Unternehmer mit der Regierung veranlaßt, die 4. Lohnklasse festzusetzen.

Der Unternehmerrundfunk Lippe war der Auffassung, daß die sozialen Lasten für den Bergbau untragbar seien. Seine Unternehmerrunde verbot ihm, die Ursache zu sehen. Die Belegschaften im Steinkohlenbergbau betragen 1924 33 312 und 1925 24 927. In der Braunkohle 1924: 10 323 1925: 8471. Diesem Abgang von rund 11 000 Bergarbeitern stand eine Vermehrung der Unfälle vom Jahre 1923 mit 5028 (pro Tausend 93); im Jahre 1925 eine Ziffer von 6830 (pro Tausend 93); im Jahre 1925 eine Ziffer von 6830 (pro Tausend 193) gegenüber. Diese Steigerung der Unfälle um 100 Prozent, die Verminderung der Belegschaften von 25 Prozent sind die wirklichen Ursachen der Leistungsunfähigkeit der Knappschaff.

Die Rationalisierung auf Kosten der Arbeiter durch Abbau der Belegschaften und stärkere Ausbeutung mit gesteigerten Unfallrisiko machen jede soziale Rürsorge unmöglich. Die Gewerkschaftsvertreter des BVB haben nur in den zwei ländlichen Steinkohlenrevieren Einpruch gegen diese Einstellung erhoben. In der Braunkohle haben sie einen Einpruch nicht erhoben. Im Reichsknappschaffsverein haben die Vertreter des Bergarbeiterverbandes dieser Reaktion zugestimmt. Die Abgeordneten der SPD haben im Haushaltsausschuß B bei der Abstimmung über unseren Antrag sich der Stimme enthalten mit der Begründung, was einmal Aussprache mit den Arbeitern in den einzelnen Revieren vorzunehmen. Ihre Stimmenthaltung hatte aber nicht die Ursache in der ungenügenden Orientierung über diese Frage, sondern in der Tatsache, daß ihre Freunde mit den Unternehmern im Reichsknappschaffsverein gemeinsame Sache gemacht hatten. Der A.S.P.S.-Mann W. i. h. sagte, solche Sachen gehen den Sächsischen Landtag überhaupt nichts an. Unser Antrag wurde als Minderheitsantrag aufrecht erhalten und die Sozialdemokraten haben im Plenum Gelegenheit, ihre Bergarbeiterfreundlichkeit erneut zu beweisen. Den Knappschaffsinsoliden rufen wir zu: Ihren Vertretern scharf auf die Finger legen!

Gewerkschaftliches

Bauarbeiter-Vertretertag. Wichtig für alle Ortsgruppen. In jeder Ortsgruppe der Partei, die zur Jahreshilfe Dresden des Bauergewerksbundes gehört, ist sofort festzustellen, ob ein Genosse am 27. Februar zum Vertretertag kommt. Diese sind sofort an die B.Z. mit genauer Adresse zu melden. Jeder Ortsgruppenleiter ist dafür verantwortlich!

Selbmann's Haferkakao

Pfund Grenadierstraße 60 Pl. und Filialen

DER SPITZEL

Von Maxim Gorki (18. Fortsetzung.)

Jewsej nickte schweigend mit dem Kopfe, zum Zeichen, daß er Kaissas Worten zustimmte. Sie senkte auf und sah aus dem Fenster auf die Straße; als sie sich dann wieder zu Jewsej umwandte, blinnte er verwundert in ihr verändertes Gesicht - es war rot, und die Augen waren kleiner, dunkler. Und sie sagte zu ihm mit trüger, dumpfer Stimme: "Wenn du so... klüger wärst und aufgeweckter... dann würde ich dir vielleicht etwas sagen. Du bist doch ein ungeschicktes Büchchen... Deinen Herrn aber - den müßte man erziehen... Du kannst es ihm wieder sagen... hinterbringst ihm in doch alles, wie?" Jewsej erhob sich gekränkt durch ihre Worte, neigte den Kopf und murmelte: "Aber Sie werde ich nie etwas sagen... zu niemand... Ich liebe Sie sehr... selbst wenn Sie ihn ermüdeten... einseitig! So sehr lieb' ich Sie..." Er schritt mechanisch nach der Tür, doch die Arme des Weibes umfingen ihn gleich weichen, warmen Fittichen und wandten ihn wieder zurück. "Hör' ich dich gekränkt?" fragte er an sein Ohr. "Nun, dann verzeih... wenn du wüßtest, was für ein Teufel er ist, wie er mich quält!... Ach, du... Sie preiste sein Gesicht gegen ihre Brust und küßte ihn zweimal. "Du liebst mich also?" "Ja," flüsterte Jewsej. Es war ihm, als kreise er in einem heißen Wirbel ungeahnter Freude. "Wie liebst du mich?" "Wie nicht... ich liebe Sie sehr..." "Sagend liebteste sie ihn und sagte: "Du wirst mir das erzählen... ach du... Büchchen!" Während er die Treppe hinunterging, hörte er ihr zitterndes Lachen und lächelte ihr zur Antwort. Es war ihm ganz wie im Kopfe, kein ganzer Körper war von süßer Müdigkeit umfungen, und er schritt leise und vorsichtig die Stufen hinunter, als fürchte er, die läche Wonne seines Herzens zu verlieren.

"Wo bleibst du so lange?" forschte der Prinzipal, als Jewsej in den Laden trat.

Der Knabe schaute zu ihm auf, sah jedoch nur ein unbestimmtes, formloses Etwas vor sich. "Ich habe Kopfschmerzen," erwiderte er langsam. "Die habe ich auch... Woher kommt das nur? ... Ist Kaissa aufgestanden?" "Ja..." "Hat sie mit dir gesprochen? ...?" "Ja..." "Wozu?" fragte der Prinzipal rasch. Die Frage fuhr Jewsej wie ein Pfeilchen über das Gesicht, doch sah er sich und antwortete lässig: "Sie sagte, ich hätte die Küche schlecht gefegt..." Einige Sekunden darauf hörte Jewsej, wie der Alte in stiller Verzweiflung vor sich hin sprach: "Ein gefährliches Weib... ja, ja... Sie weiß einen auszuheulen... lach einem Dinge heraus, die man gar nicht sagen sollte." Jewsej war ihm von weitem einen Blick zu und hatte den stillen Wunsch: "Wenn du doch verreden wölstest! ..."

Fünftes Kapitel.

Die Tage eilten in hastigem, wirrem Schwarm dahin, als erwartete sie irgendwo in der Zukunft eine Freude, und ein Tag schien es immer eiliger zu haben als der andere. Der Alte war mürrisch und schweigsam geworden, er schaute mit seltsam verstörten Blicken um sich, und wenn er dann plötzlich auftraufte, schrie und jankte und heulte er angstvoll wie ein kranker Hund. Er klagte beständig über Kopfschmerzen. Uebelkeit plagte ihn, beim Mittagessen berod er mühsamlich die Speisen, zerbröckelte mit den zitternden Händen das Brot zu kleinen Krümchen und hielt den Tee und den Brantwein jedesmal prüfend über Kaissa her und drohte, sie zu verderben, doch sie antwortete auf seine Ausfälle immer ruhig und sanft. In Jewsej wuchs die Liebe zu ihr und zugleich ein qualvoller, bohrender Haß gegen den Prinzipal. "Glaubst du, ich weiß nicht, was du vorhast, Niedertrotzige?" lachte der Alte in ohnmächtiger Wut auf sie los. "Woher stammt meine Krankheit? Du vergisst mich!"

"Was sagen Sie da, was sagen Sie?" rief Kaissa, und in ihrer ruhigen Stimme klang ein Zittern. "Ihre Krankheit ist eben das Alter!" "Du lägst! Du lägst!" "Und dann die ewige Angst..." "Ach, du verfluchte Bettel! Schweig!" "Sie haben Ihre Zähne auf dem Buckel..." "Du lägst..." "Es ist Zeit für Sie, an den Tod zu denken..." "Aha - das also wünschst du? Du sollst dich täuschen! Du hast nichts zu hoffen! Deine Geschichte ist nicht mit allein bekannt... Ich habe auch Dorimondt davon erzählt..." "Und von neuem heulte er auf, weinerlich und laut. "Ich weiß - er ist dein Geliebter... Er hat dich angestiftet, mich zu vergiften. Weinst du, bei ihm wirst du es besser haben? Stöhn! Ganz im Gegenteil!" "Und nun geschah es eines Tages, zur dunklen Nacht, nach einer ähnlichen Szene, daß Kaissa halb entleidet, mit dem entblößten, äppigen Bufen, ein Licht in der Hand, aus dem Zimmer des Alten kam. Sie ging wie im Schlaf, schwante im Ochen und schlurte mit den großen Füßen unsicher und kraftlos über den Fußboden; ihre Augen waren halb geschlossen, die Finger der ausgestreckten rechten Hand bewegten sich krampfhaft und griffen in die Luft. Die Flamme der Kerze flackerte vor ihrer Brust, ihre züngelnde rote Flamme berührte beinahe das Hemd und beleuchtete die müden, krampfhaft geöffneten Lippen und die schimmernden Zähne. Als sie an Jewsej vorüberging, ohne ihn zu bemerken, schlich er ihr unwillkürlich nach, trat an die Rückwand, schaute hinein und erstarrte vor Schreck: das Licht stand auf dem Tische, Kaissa hielt ein großes Küchenmesser in der Hand und probierte mit dem Finger die Schärfe seiner Schneide. Dann bogte sie den Kopf vor, betastete mit den Händen ihren wachen Hals unter dem Ohr, schien dort irgend etwas mit den langen Fingern zu suchen, legte dann mit einem schweren Seufzer das Messer fesse auf den Tisch und ließ ihre Hände schlaff am Körper herabsinken. Jewsej sah nach dem Türpfosten; sie zuckte bei dem Geräusch zusammen, wandte sich um und flüsterte ängstlich: "Was willst du?" (Fortsetzung folgt.)

